

Bedrohtes Kulturerbe

Buch über die Handschriftensammlung der Badischen Landesbibliothek und die Auseinandersetzungen darüber

1993, in der Ära von Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU), erwarb das Land Baden-Württemberg die berühmte Handschriftensammlung des Hauses Fürstenberg. 1995 folgte der Ankauf der Schlossbibliothek Baden-Baden, 1999 der Erwerb der berühmten Donaueschinger Musikalienbibliothek. Dabei galt die absolute Schutzwürdigkeit und Sicherung von Kulturgütern, die sich im Land befinden. Die heutige Landesregierung hat eine andere Einstellung. Dies zeigt der sogenannte „Kulturgüterstreit“. Ausgezeichnet wird er in dem hervorragenden Buch von Peter Michael Ehrle und Ute Obhof dokumentiert.

Worum geht es? Wegen Instandhaltungsarbeiten am ehemaligen Zisterzienserkloster Salem und seinem gotischen Münster hat das Adelshaus Baden rund 30 Millionen Euro Bankschulden aufgehäuft, die getilgt werden müssen. Weitere 40 Millionen werden gebraucht, um eine „Stiftung Schloss Salem“ zu gründen, aus deren Zinserlösen in Zukunft der Bauunterhalt finanziert werden soll. Diese 70 Millionen Euro will Erbprinz Bernhard von Baden vom Land. Nicht seine Sache ist, wie das Land das Geld aufbringen soll.

Weil die Landesregierung weder das Schloss übernehmen noch die Riesensumme aus dem Landeshaushalt bezahlen will, wurde dieser Kompromiss ausgedacht: 1918, als der Großherzog abdankte und die Staatsgewalt auf das Volk überging, sind die tatsächlichen Eigentumsrechte an den großherzoglichen Sammlungsgegenständen bei der Teilung in Familien- und in Staatsbesitz nicht eindeutig geregelt worden. Das Adelshaus leitet daraus seine Besitzansprüche an Bildern in der Karlsruher Kunsthalle und an Handschriften und Büchern in der Badischen Landesbibliothek ab. Das Land bezweifelt diesen Eigentumsanspruch. Jetzt ist das Haus endlich bereit, rechtsverbindlich auf alle seine Ansprüche zu verzichten, wenn es dafür als Ausgleich einen Teil der Handschriften aus der Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe erhält. Sie sollen auf dem freien Kunstmarkt zu Geld gemacht werden.

Als der tolle „Vergleich“ im September 2006 öffentlich ruchbar wurde, hieß er sofort

„Deal“. Als Kulturbruch ersten Ranges galt die Absicht, die historisch gewachsene Handschriftenbibliothek in Karlsruhe zu zerschlagen und einzelne Handschriften zu Schleuderpreisen zu versteigern. Der kulturelle Ausverkaufsplan löste eine internationale Kampagne aus, der die Landesregierung irritiert gegenüberstand. Sie verstand nicht, warum gegen den buchhalterisch unschuldigen Verkauf alter Bilder und alter Bücher nicht allein im Feuilleton, sondern auch im Politik- und Wirtschaftssteil der Zeitungen gewettet wurde. Sie hatte kein kluges Krisenmanagement. Sie verhedderte sich. Man werde nicht verkaufen, was in Baden entstanden sei und was Badens Geschichte zum Inhalt habe. Viele der Handschriften sind aber vor der Gründung der badischen Markgrafschaft entstanden, und die gesamte Sammlung in der Badischen Landesbibliothek gehört zum westeuropäischen Kulturerbe.

Elektronisch gespeicherte Daten von mittelalterlichen Prachthandschriften seien für die Forschung ebenso gut wie die Originale, meinte Wissenschaftsminister Frankenberg. Dafür bekam er sofort Nasenstüber aus einschlägigen Fachkreisen. Sodann wurde das „Drei-Säulen-Modell“ entwickelt: Um das Geld für das Haus Baden zu sammeln, sollten drei Geldtürme hochgezogen werden. Die erste Säule sollte durch Sponsorship errichtet werden, die zweite durch das Land, die dritte durch einen „Solidarbeitrag“ der Kunst- und Bibliotheksbereiche. Schon beim Rohbau der zweiten Säule kam es zum Eklat. Der Ministerpräsident wollte für Baden-Württemberg die Markgrafentafel von Hans Baldung, genannt Grien, ankaufen, die dem Land bereits gehört, wie der Historiker Dieter Mertens, Professor an der Universität Freiburg, in einem kristallin klaren Text in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung nachwies.

Die dritte Säule kam über ihre Planung nicht hinaus. Für die beiden Landesbibliotheken zum Beispiel hätte sich die Konsequenz ergeben, den Solidarbeitrag ihren Buchankaufsetats zu entnehmen. Ihrem Auftrag, die Bevölkerung auch mit neuer wissenschaftlicher Literatur zu versorgen, könnten die Bibliotheken dann nicht mehr nachkommen. Ihre Einkaufs-

etats hätten erschreckend gegen Null tendiert. Um Ruhe zu verbreiten, kippte die Landesregierung schließlich alle ihre Denkmodelle und setzte eine unabhängige Expertengruppe aus Historikern und Juristen ein. Sie soll die Eigentumsverhältnisse an den ehemals großherzoglichen Sammlungen klären. Demnächst soll das Ergebnis vorliegen.

Nachzulesen ist dieser gesamte Kulturgüterstreit in dem feinen, schmalen und schön illustrierten Band. Ute Obhof, Leiterin der Sammlungen der Badischen Landesbibliothek, erklärt die Herkunft der Handschriftensammlung, beschreibt ihre Inhalte, ihren europäischen Rang, ihren für Baden-Württemberg unersetzlichen Wert. Peter Michael Ehrle, Direktor der Landesbibliothek und Kontrahent der Landesregierung, zeichnet die turbulenten Ereignisse seit dem 30. September 2006 nach. Zorn und Ironie hätten seine Feder führen dürfen, aber er bleibt objektiv und versteckt vieles, was den Streit zum Skandal macht, in den Anmerkungen. Annette Borchardt-Wenzel bietet eine kleine Geschichte des Hauses Baden. Rechtsanwalt Winfried Klein fasst die Grundfragen zum Rechtsstatus der Handschriften in so klarer Weise, dass er auch von Nichtjuristen verstanden wird. Und Michael Hübl darf am Schluss etwas Hohn und Spott ausgießen, als er die abfallende Tendenz der Stuttgarter Kulturpolitik schildert. Dennoch ist dem Buch jede Polemik fern. Es ist eine Art Zwischenbilanz, die vor allem jeder Kulturpolitiker lesen muss. Er erfährt dabei: Die Landesregierung hat die Alternative zwischen kulturwidrigem und kulturfähigem Verhalten eigentlich gar nicht. Sie kann lediglich dafür sorgen, dass die Sammlung ungeteilt dem Land erhalten bleibt.

Alexander Schweickert ist Herausgeber der Bücher „Südbaden“ und „Kurpfalz“.

Peter Michael Ehrle und Ute Obhof (Hrsg.): *Die Handschriftensammlung der Badischen Landesbibliothek. Bedrohtes Kulturerbe?* Casimir Katz Verlag, Gernsbach 2007. 160 Seiten, 19,80 Euro. ISBN 978-3-938047-25-5.



Einband des Speyerer Evangelistars aus der Zeit um 1220. Foto: Badische Landesbibliothek

Lesenzeichen

Spuren ins Gäu

Das KZ-Außenlager Hailfingen/Tailfingen

Nach den „frühen“, schon im März 1933 eingerichteten Konzentrationslagern, die der Einschüchterung und Terrorisierung der politischen und weltanschaulichen Gegner des Nationalsozialismus dienten, sollte ab Frühjahr 1944 die zweite Staffel der „späten“ Konzentrationslager die wegen der alliierten Bombenangriffe notwendig gewordene Dezentralisierung und Untertageverlagerung der Rüstungsproduktion beschleunigen. Im Südwesten entstanden dutzende Konzentrationslager als Außenlager des KZ Natzweiler-Struthof in den Vogesen oder des KZ Dachau. Trotz dieser rüstungswirtschaftlichen Zielsetzung galt für die Gefangenen der rücksichtsloseste Einsatz bei unmenschlicher Behandlung im Rahmen des NS-Programms „Vernichtung durch Arbeit“. Die dort von mehreren zehntausend Gefangenen zu leistende Zwangsarbeit und die Todesmärsche bei der Auflösung der Außenlager im April 1945 forderten allein tausende Menschenleben.

Die heutige Vielfalt der Gedenkstättenlandschaft in Baden-Württemberg, die alle Verfolgungs- und Vernichtungskomplexe der NS-Barbarei abdeckt und vorwiegend vom Engagement ehrenamtlich tätiger Mitarbeiter getragen wird, wird nun durch eine äußerst gelungene Dokumentation zum KZ-Außenlager Hailfingen/Tailfingen bereichert. Zwischen Herrenberg und Rottenburg am Neckar errichteten die Nationalsozialisten einen Militärflugplatz, für dessen Ausbau zunächst Zwangsarbeiter eingesetzt wurden. Im November 1944 wurde der Flugplatz mit der Ankunft von 600 Juden, meist aus dem KZ Auschwitz-Birkenau über Stutthof bei Danzig kommend, zu einem Außenlager des KZ

Natzweiler-Struthof. Innerhalb nur dreier Monate starben hier 180 jüdische KZ-Häftlinge.

Das nun erschienene, kompetent auf der Basis der verfügbaren Quellen verfasste Buch rekonstruiert die Geschichte des KZ-Außenlagers Hailfingen/Tailfingen. Es ist die wissenschaftliche Basis und damit glücklicherweise „nur“ der Anfang weiterer wichtiger Erinnerungsarbeit, denn geplant ist auch der Aufbau einer Gedenkstätte mit Ausstellung, Gedenkpfad und Mahnmahl. Das Buch geht dabei weit über eine bloße historische Abhandlung des Geschehens im KZ-Außenlager hinaus: Es lässt Zeitzeugen zu Wort kommen, es behandelt ausführlich die Auseinandersetzung mit dem KZ in der unmittelbaren Nachkriegszeit und die jahrzehntelange Amnesie, die das Erinnern erschwerte, und es listet nicht zuletzt die Namen der 600 KZ-Häftlinge aus 16 europäischen Ländern auf, denen damit Name und Würde gegeben werden. Die Sektion Böblingen/Herrenberg/Tübingen des Vereins „Gegen Vergessen für Demokratie e. V.“ hat damit einen wichtigen Baustein zum noch immer nicht vollständig erschlossenen KZ-Außenlagerkomplex im Südwesten Deutschlands geliefert.

Reinhold Weber ist Historiker bei der Landeszentrale für politische Bildung und Mitherausgeber des Buches „Orte des Gedenkens und Erinnerns in Baden-Württemberg“ (2007).

Dorothee Wein/Volker Mall/Harald Roth: *Spuren von Auschwitz ins Gäu. Das KZ-Außenlager Hailfingen/Tailfingen.* Filderstadt 2007. 264 Seiten mit 100 Fotos und Dokumenten, 19,90 Euro. ISBN 978-3-935129-31-2.

Im Lichte der Öffentlichkeit

Die deutschen Kanzler und ihr Umgang mit der Medienwelt

Der Untertitel ist zumindest irreführend. Genau genommen enthält das Buch nicht acht Porträts der bisherigen Bundeskanzler, sondern nur sechs – Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger (beide CDU) werden sträflich vernachlässigt, weil, wie es heißt, über eigene Akzente der beiden im Bereich der politischen Öffentlichkeitsarbeit praktisch nichts bekannt sei. Nicht einmal sechs Seiten sind ihnen gewidmet, davon Kiesinger keine dreißig Zeilen. Aber der war ja nur, ebenso wie Erhard, ein „Übergangskanzler“, wie der Autor etwas abschätzig bemerkt.

Seine bevorzugte Sympathie gehört sowieso Willy Brandt (SPD). Geradezu schwärmerisch schildert Lars Rosumek Brandts „Gnadenhafte eines außeralltäglichen Charismas“, die ihn zum „populären Medienhelden“ werden ließ. Sein hoher Bekanntheitsgrad schon als Regierender Bürgermeister von Berlin, seine „amerikanisch“ anmutende Medienwirksamkeit, nicht zuletzt die von klugen Mitarbeitern inszenierte Medienpräsenz verschafften Brandt schon früh einen starken Bonus, den er geschickt zu nutzen wusste. „Moderne Medien brauchen Stars“, wie Brandts langjähriger Redenschreiber Klaus Harpprecht im Rückblick feststellt. Und so wurde Brandt zum ersten „internationalen Medienstar“ unter Deutschlands Politikern.

Demgegenüber ist Brandts Nachfolger Helmut Schmidt (SPD) auffällig kühl abgehandelt. Sein Verhältnis zu den Medien wird als „äußerst ambivalent und facettenreich, bisweilen widersprüchlich“ geschildert. Andererseits habe es Schmidt verstanden, sich das Fernsehen für seine Selbstdarstellung dienst-

bar zu machen, weshalb er zu Recht als erster „Telekanzler“ gelten könne. Und auch die Doppelstrategie „Bild und Glotze“ sei nicht von Gerhard Schröder (SPD) erfunden worden. Anders als Schröder habe Schmidt allerdings erkannt, dass es für Amt und Person schädlich sei, um jeden Preis in jeder Sendung präsent zu sein – tatsächlich trat er niemals in Unterhaltungsformaten auf.

Übrigens hat auch Helmut Kohl (CDU), allerdings erst in seiner zweiten Amtshälfte, von Unterhaltungssendungen Abstand genommen. Kohl wird als „kommunikativer Phlegmatiker mit einem ausgeprägten Misstrauen gegenüber Medien“, insbesondere dem Fernsehen, geschildert. Rosumek attestiert ihm „mangelndes Mediengeschick“, nämlich „erkennbare Schwierigkeiten, sich adäquat gegenüber Medien darzustellen“. Gegen Image-Beratung sei er resistent gewesen, und er habe als ausgesprochen „fernsehshcheu“ gegolten. Gleichwohl schaffte es Kohl in der zweiten Phase seiner Kanzlerschaft, sein Medienimage zu verbessern, und seit der Öffnung der Mauer war er praktisch permanent im Fernsehen präsent.

Als „Medienphänomen“ schlechthin wird Gerhard Schröder dargestellt. Allerdings meint Rosumek, Schröder sei weniger ein „Medienkanzler“ als ein „Spaß- und Stimmungskanzler“ gewesen, der „erste Star des Boulevard“. Er habe die Medien förmlich „umarmt“ und dabei die Grenze zwischen Politik und Boulevard mehr als jeder andere verschoben. Im Unterschied zu Kohl wurde Schröder aber zunehmend dünnhäutig, und seine Wandlung vom Medienkanzler zum Me-

dienkritiker, zeitweise sogar zum Medienboykottierer, veranlasst den Autor zu der Feststellung, „dass nicht nur die Person das Amt prägt, sondern auch das Amt die Person“.

Das gilt dann auch für Angela Merkel (CDU), die laut Rosumek im Umgang mit den Medien an ihrer „zurückhaltenden, schnörkellosen, pragmatischen und unpräzisen, bisweilen aber auch unterkühlten Art“ festhält. Die Rede ist von einer „demonstrativen Nichtinszenierung“ und insgesamt von einem deutlichen Stilwechsel gegenüber dem Vorgänger: „nach der Lyrik nun die Prosa“.

Erstaunlich, dass der Stempel „Medien- und Stimmungskanzler“ schon auf Konrad Adenauer (CDU) gemünzt wird. Er galt als „äußerst beratungsfähig“, nahm Journalisten ernst und hatte „ein Gefühl für Medien“. Von seinem PR-Mitarbeiter Günter Diehl, dem späteren Regierungssprecher Kiesingers, stammt die Bemerkung, mediengerechtes Verhalten sei bereits in den frühen Nachkriegsjahren Grundvoraussetzung für den Erfolg von Politikern gewesen. Damit wird auch die verbreitete Meinung widerlegt, modernes Kommunikationsmanagement in der Vermittlung von Politik sei in Deutschland etwas Neues. Aber die Kehrseite der Medaille „Neugier“, schreibt der Autor in seiner Bilanz, sei das Vergessen.

Klaus Fischer ist freier Journalist in Stuttgart.

Lars Rosumek: *Die Kanzler und die Medien. Acht Porträts von Adenauer bis Merkel.* Campus Verlag Frankfurt/New York 2007. 325 Seiten, 29,90 Euro. ISBN 978-593-38214-2.